

Wird die Schule zum parteipolitischen Zankapfel?

In seinem Kommentar zu den bildungspolitischen Forderungen der Parteien nimmt der LCH-Zentralpräsident Stellung zu den jüngsten Positionspapieren der Parteien und zum Referendum der SVP gegen HarmoS.



Liebe Kolleginnen und Kollegen

Lange Zeit fristete das Thema Volksschule auf der nationalen parteipolitischen Szene ein eher kärgliches Dasein. Die Bundespolitik überliess die Entwicklung der Volksschule weitgehend den Kantonen und ihrer Konkordatsbehörde, der EDK, und kümmerte sich vor allem um die berufliche Bildung und die Tertiärstufe. PISA hat diesen Dornröschenschlaf beendet und die grossen politischen Parteien auf nationaler Ebene auf den Plan gerufen.

Beat W. Zemp, Zentralpräsident LCH

In den letzten Wochen haben fast alle Parteien bildungspolitische Positionspapiere präsentiert und versuchen, sich gegenseitig mit bildungspolitischen Forderungen und Reformankündigungen zu übertrumpfen. Dies wird nicht ohne Auswirkungen auf die bevorstehenden Volksabstimmungen über HarmoS bleiben. Es lohnt sich daher, einen Blick auf die jüngsten Positionsbezüge zu werfen.

Verschiedene Wege zum Glück – auch in der Bildungspolitik!

Wenn es nach dem Dalai Lama geht, dann besteht der Sinn des Lebens darin, glücklich zu sein. Der «Ozean des Wissens» räumt aber sogleich ein, dass es ganz verschiedene Wege zum Glück gebe. Dies scheint auch für die Bildungspolitik zu gelten, wenn man sich die jüngsten Vorschläge der Parteien etwas genauer anschaut. Während die SP Tagesschulen mit einem Nutzungsobligatorium fordert, sucht die SVP das Heil der Volksschule in landesweit einheitlichen Abschlussprüfungen an der Primarschule, die über die Zuteilung in die Bildungsgänge auf der Sekundarstufe I entscheiden sollen.

Die CVP setzt auf mehr Kontrolle durch externe Leistungsmessungen, externe Schulevaluationen und Führungskräfte aus der Wirtschaft als Schulleiter. Die FDP will die freie Schulwahl innerhalb der öffentlichen Schulen einführen und ein FDP-Vorstoss im Nationalrat fordert die Beschränkung des Anteils fremdsprachiger Kinder in den Klassen, während die Grüne Partei die Zivilcourage und eine kritische Konsumhaltung bei den Kindern an der Volksschule fördern will. Das sind natürlich nur einige der umfangreichen bildungspolitischen Forderungen der Parteien. Wer sich ein vollständiges Bild machen will, kann die Positionspapiere aus dem Internet herunterladen.

Heilsbotschaften von selbsternannten Bildungsexperten

So erfreulich es grundsätzlich ist, dass die Bildung endlich auch auf eidgenössischer Ebene einen höheren Stellenwert auf der politischen Agenda bekommt, so problematisch ist es andererseits, wenn sich die Parteien mit wenig durchdachten oder praxisfremden Schnellschüssen profilieren wollen. Eine vorgängige offizielle oder wenigstens informelle Konsultation bei den wich-

tigsten Akteuren im Schulwesen – den kantonalen Bildungsdepartementen, der EDK und den Lehrerverbänden – hätte in einigen Fällen wenigstens auf die grössten Unstimmigkeiten oder Widersprüche aufmerksam machen können. Der bewusste Verzicht darauf zeigt einmal mehr, dass sich offenbar alle, die schon mal die Schulbank gedrückt haben, gleich zu Bildungsexperten berufen fühlen und mit ihren Heilsbotschaften das Schulwesen verbessern wollen.

So sagte beispielsweise Toni Brunner, Präsident der SVP, kürzlich in einem Interview mit der Zeitung «Sonntag», dass das morgendliche Absingen der Nationalhymne eine tolle Einstimmung in den Schulalltag wäre. Zudem solle die Attraktivität des Lehrerberufs erhöht werden, mit mehr Lohn hätte dies aber nichts zu tun. Vielmehr müsse die Fliessbandarbeit, die Fachlehrer heute verrichten, reduziert werden. Im Volksmund würde man zu diesen Vorschlägen sagen: Da staunt der Laie und der Fachmann schüttelt den Kopf. Es ist halt wie beim Fussball: Alle, die schon mal Fussball gespielt haben, wissen ganz genau, was der Trainer machen muss, damit die Mannschaft gewinnt. Und wenn dann ein Eigentor geschossen wird, bricht die grosse Ratlosigkeit aus und niemand will die Verantwortung übernehmen.

Alle Parteien für HarmoS mit Ausnahme der SVP

Als Eigentor kann man getrost die Opposition der SVP gegen das Projekt HarmoS der EDK bezeichnen. Während alle anderen Parteien dieses Reformprojekt grossmehrheitlich unterstützen, hat die SVP seit ihrer selbst auferlegten Oppositionsrolle nach der Nichtwiederwahl von Christoph Blocher als Bundesrat die Volksschule zu einem ihrer Hauptthemen gemacht.

Mit den kantonalen Referenden gegen HarmoS will sie als Volkspartei Opposition machen und vergisst dabei, dass das

«Eine vorgängige offizielle oder wenigstens informelle Konsultation der einzelnen Parteien bei den wichtigsten Akteuren im Schulwesen – den kantonalen Bildungsdepartementen, der EDK und den Lehrerverbänden – hätte in einigen Fällen wenigstens auf die grössten Unstimmigkeiten oder Widersprüche aufmerksam machen können.»



Foto: Tommy Furrer

Unterschiedliche Wege, ein Ziel: eine qualitativ gute Schule.

Schweizer Volk mit 86% Ja-Stimmen die neue Bildungsverfassung gutgeheissen hat, die HarmoS nun umsetzen will. Dabei geht die SVP in bewährter Manier vor und diffamiert die HarmoS-Vorlage mit Unterstellungen und Halbwahrheiten.

Im HarmoS-Positionspapier der SVP steht zum Beispiel der folgende Satz: «Mit HarmoS soll die längst als gescheitert erkannte Achtundsechziger-Ideologie der «kollektiven Verantwortung» und der kategorischen Leistungsabsage gleichsam kurz vor dem Ableben der letzten Achtundsechziger der Schweizer

Volksschule als für die Zukunft verbindlich verordnet werden.» HarmoS soll die «Kuschelpädagogik» perpetuieren? Die EDK als letzter Mohikaner der Achtundsechziger-Ideologie? Man reibt sich als Leser dieses Positionspapiers verwundert die Augen und wähnt sich in einer bildungspolitischen Cabaret-Aufführung!

Da hilft nur noch der Glaube an die Demokratie und an die Rolle der Parteien, deren Aufgabe es bekanntlich ist, für aktuelle politische Fragen unterschiedliche Lösungsansätze zu erarbeiten und diese dann der Wählerschaft zu erklä-

ren. Das fördert den Wettbewerb der besten Ideen und damit die Qualität der politischen Lösungen.

Liest man die aktuellen Positionspapiere der Parteien zur Schule, dann kommt man unweigerlich zum Schluss, dass die Heilerwartung an die jeweils vorgeschlagenen Schulreformen weit verbreitet ist. Dabei erzeugt jede Veränderung ungewollte Nebenwirkungen im Gesamtsystem. Es ist wie bei den Medikamenten. Sie kennen ja die Warnung: «Zu Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie bitte die Packungsbeilage!»